

Posener Zeitung.

Dreihundachtzigster

Jahrgang.

Nr. 311.

Das Abonnement auf dieses täglich dreimal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Mittwoch, 5. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 4. Mai. Der König hat geruht: den Geheimen Regierungen- und vortragenden Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten Dr. Johann Stauder zum Geheimen Ober-Regierungs-Rath zu ernennen; sowie dem praktischen Arzt Dr. Wilhelm Uebendorf zu Gildeshausen im Amte Bentheim den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Deutscher Reichstag.

45. Sitzung.

Berlin, 4. Mai. 11 Uhr. Am Ministertische Hofmann, Scholz, Graf zu Eulenburg u. A.

Eingegangen ist die Uebereinkunft zwischen Deutsch-land und der Schweiz.
In der ersten Beratung der revidirten Elbschiffahrts-akte (unterzeichnet am 7. März 1880 zu Wien) bemerkt Abg. Dr. Delbrück: Ich bestreite nicht, daß die Veranlassung vorlag, bei der großen Minderung der Zollgesetzgebung eine neue Elbschiffahrts-akte zu erlassen, gegen deren Inhalt ich im Allgemeinen keine Einwendungen erheben will; ich will mich nur mit dem Artikel 4 beschäftigen, in welchem es heißt: „Die Zollpflichtigkeit der Waaren tritt beim Ueberschreiten der Zollgrenze auf der Elbe in gleicher Weise ein, wie beim Ueberschreiten der Zollgrenze auf dem Lande.“ Der Wiener Kongreß beschäftigte sich auch mit der Regelung der Verhältnisse derjenigen Flüsse, welche mehrere Staaten durchfließen. In den Art. 108—117 der Wiener Kongreßakte sind die allgemeinen Normen aufgestellt: es sollen Schiffsabgaben erhoben werden, die aber mit den Zöllen nichts gemeinsam haben sollen; durch reglementarische Bestimmungen soll Vorkehrung getroffen werden, daß die Ausübung der Zollaufsicht der Schiffsahrt keine Hindernisse bereitet; endlich soll der ganze Fluß als Zollausland betrachtet werden. Dieser letzte Grundsatz besteht in Bezug auf die Elbe vertragsmäßig und gesetzlich noch heute. Die von mir zitierte Bestimmung des Art. 4 hebt diesen Grundsatz auf, weil die künstliche Auslandsqualität des Stromes nicht mehr gerechtfertigt sei. Die Zollgrenze auf der Elbe soll nun oberhalb Hamburg gezogen werden; wo sie sein soll, ist nicht gesagt. Der nach Altona, Hamburg und Harburg bestimmte Seeverkehr würde also genöthigt sein, sich einer Zollbehangung zu unterwerfen, während diese jetzt erst eintritt, wenn die Waaren ans Land kommen. Die Bestimmung muß einer genaueren Erwägung unterzogen werden; da es sich aber dabei um volkswirthschaftliche Fragen handelt, so bitte ich im Interesse einer raschen Entscheidung der Frage die Vorlage an eine Kommission von 12 Mitgliedern zu verweisen.

Staatssekretär Hofmann: Wenn die Kommissionsberatung zur Beschleunigung der Sache dienen soll, so liegt seitens der verbündeten Regierungen selbstverständlich kein Bedenken dagegen vor. Ich will aber doch bemerken, daß dieser Passus schon in einer 1874 dem Bundesrath gemachten Vorlage enthalten war. Schon jetzt wird dem Elbstrom nicht mehr als Stromausland behandelt; die Grenze auf dem Elbstrome ist bei der ersten deutschen Zollstation, im oberen Laufe der Elbe gegen Oesterreich bei Schandau, im unteren Laufe oberhalb Hamburg. Es wird also keine Schwierigkeiten bieten, die Zollgrenze jetzt an eine andere Stelle zu legen.

Abg. v. Minnigerode ist damit einverstanden, wenn darin keine Verschleppung der Angelegenheit liegen soll und die Vorlage noch in dieser Session erledigt wird. — Das Haus beschließt in diesem Sinne; die Kommission wird nach der heutigen Sitzung gewählt.

Ohne Debatte werden darauf in erster und zweiter Beratung der Vertrag mit Oesterreich wegen Beglaubigung der von öffentlichen Behörden und Beamten ausgestellten oder beglaubigten Urkunden und die Gesetzentwürfe betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in Bosnien und in Ägypten erledigt.

Es folgt die erste Beratung der Uebereinkunft zwischen Deutschland und Belgien.

Bundesbevollmächtigter v. Philipsborn: Die Uebereinkunft hat den Zweck, den status quo zwischen Deutschland und Belgien aufrecht zu erhalten bis zum 1. Juli 1881. Soweit ich sehen kann, werden Einwendungen dagegen nicht erhoben werden.

Abg. Majumbe weist darauf hin, daß er bereits bei der Etatsberatung die Frage angeregt habe, ob eine Verlängerung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu Belgien eintreten resp. dem Reichstage eine darauf bezügliche Vorlage zugehen werde. Damals habe man am Regierungstische Nichts davon gewußt; nachdem man die Uebereinkunft vorgelegt, will Redner auf die Frage, ob zu solchen Uebereinkünften die Zustimmung des Reichstages erforderlich sei, nicht weiter eingehen.

Abg. Graf Udo Stolberg: Die Uebereinkunft erstreckt sich auch auf den Artikel des belgischen Vertrages, der von der Kündigung handelt; ich möchte um Aufklärung bitten, ob etwa diese Uebereinkunft der Kündigung unterworfen sein soll.

Bundesbevollmächtigter v. Philipsborn: Da in der Uebereinkunft ein terminus ad quem bezeichnet ist, so kann von einer Kündigung keine Rede sein. Uebrigens will ich dem Abg. Majumbe bemerken, daß bei der Etatsberatung die Regierung von dem Abschluß dieser Uebereinkunft noch keine Ahnung hatte.

Damit schließt die erste Lesung; in der zweiten werden die beiden Artikel der Uebereinkunft genehmigt.

Es folgt die Beratung der Uebersichten der Ausgaben und Einnahmen des deutschen Reiches für 1878/79. Die Rechnungskommission beantragt die Genehmigung der nachgewiesenen außerordentlichen Ausgaben und der Etatsüberschreitungen vorbehaltlich der Rechnungslegung.

Abg. v. Minnigerode: Ueber unsere Finanzlage waltet in einem großen Theile des Publikums und auch auf jener Seite des Hauses eine gewisse optimistische Auffassung ob. Sehen wir, ob sie zu Recht besteht. Der rechnungsmäßige Abschluß für 1878/79 weist ein Defizit von beinahe 6 Millionen Mark nach, obgleich die Matricularbeiträge in diesem Wirtschaftsjahre über 87 Millionen, also 6 Mill. Mark mehr als in dem vorhergehenden Jahresetat betragen. Wie hätten wir bei der vor der Neugestaltung unserer finanziellen Verhältnisse vorhandenen Finanzlage des Reichs über dieses Defizit hinwegkommen können? Das einzige Mittel die weitere Erhöhung der Matricularbeiträge um diesen Betrag, würde wohl allseitig bebauert worden in. Diese mißliche Lage war allein dadurch zu überwinden, daß

wir aus den Ueberschüssen des Jahres 1879/80 in Folge der in Kraft stehenden Finanzreform des Vorjahres dieses Defizit decken konnten. Gegenüber dem kritischen Verhalten zur Steuerreform muß man zahlenmäßig nachweisen, wie wir uns vorher festgewirtschaftet hatten, weil die Thatfache verkannt wurde, daß die Ausgaben des Reichs schneller stiegen wie die Einnahme. Aus jener Verlegenheit sind wir nur durch die Steuerreform herausgekommen, und zwar für das Rechnungsjahr 1878/79 sogar durch eine rückwirkende Kraft dieser Erfolge, welcher der Jurist selten geneigt zu sein pflegt, die der Finanzmann aber in diesem Falle sich gern gefallen lassen wird.

Abg. Richter (Vagen): Das ganze Defizit des Jahres 1878/79 beträgt etwa 5—6 Millionen, also 1 Prozent von dem 500 Millionen übersteigenden Etat, was nicht viel sagen will, und es wäre sogar noch ein Ueberschuß vorhanden, wenn die Herren unseren Vorschlägen zu ersparen beigetreten wären. Wie können Sie nun der Finanzpolitik der Finlen das kleine Defizit anrechnen wollen? Ich bleibe dabei, daß man mit einer den mißlichen Zeiten entsprechenden Sparsamkeit, wie sie sich jeder Privatmann in seinem Haushalt auferlegen muß, auch ohne neue Steuern die Bilanzierung, wenn auch knapp, hätte aufrecht erhalten können, bis die Zeiten sich besserten. Es war eine Kleinigkeit, jenes geringe Defizit aus anderweitigen Ueberschüssen und Fonds zu decken, die sich bei allen Verwaltungen finden lassen, wenn man nur suchen will. Aber die Konserativen haben uns nie unterstützt, wenn auch anerkennen ist, daß wenigstens Herr v. Minnigerode, getreu seinem Versprechen, sparsam sein zu wollen, gegen Samoa gestimmt hat. Hier ist Rhodus! Die alte preußische Sparsamkeit im Munde führen und zugleich für Samoa stimmen, das paßt schlecht zusammen. Herr v. Minnigerode war konsequenter.

Abg. v. Minnigerode: Es überrascht mich, getadelt zu werden, weil ich an ein rechnungsmäßiges Resultat, an den klar hervortretenden Minderfolg eine Kritik geknüpft habe, und ich finde zugleich, daß der Abg. Richter über volle 6 Millionen mit einer gewissen Leichtigkeit hinweggegangen ist. Ein solches Defizit ist selbst in einem so großen Budget, wie das unsrige, ein namhaftes, ein nicht zu unterschätzender Fehlbetrag. Nehmen Sie die Matricularbeiträge als die natürliche Skala unserer Etatsbilanzierung, wie das naheliegend ist, dann handelt es sich im Vergleich mit 1877 bis 1878 nicht um ein Defizit von nur 6, sondern von 12 Millionen, denn um 6 Millionen waren die Matricularbeiträge für 1878—79 gegen das Vorjahr bereits erhöht worden. Ueber dieses ungewöhnliche in naher Vergangenheit liegende Verhältniß kann man nicht so leicht Hand hinweggeben, wenn man auch jetzt von unserem Standpunkte aus auf dem Boden der zeitigen, neu geschaffenen finanziellen Verhältnisse ruhiger in die Zukunft sehen kann, wenn auch nicht geklärt auf die dabei hervor-
getretenen Minderlagen und Defizite des Herrn Abg. Richter 11-2

Abg. Richter: Ich war nicht darauf vorbereitet, daß Herr von Minnigerode diesen Anlaß benutzen würde, um wieder einen ideellen Blick auf die Finanzpolitik der Liberalen zu werfen. Was soll denn das Defizit von 6,000,000 M. für Sie beweisen? Was würden Sie sagen, wenn wir die ganze konservative Politik Preußens in den fünfzig Jahren damit kennzeichnen wollten, daß Preußen damals ein chronisches Defizit hatte? Dann müßten alle sparsamen preußischen Finanzminister ihre Sache nicht verstanden haben. Wenn die wirtschaftlichen Zustände sich im Niedergang befinden, dann ist es ja natürlich, daß ein kleines Defizit hervortreten kann. Ist das ein Beweis der Mißwirtschaft? Welcher Wirtschaft? Der Mißwirtschaft der Bundesregierungen? Das deutsche Volk wird ein Gefühl dafür haben, daß von der linken Seite des Hauses in wenigen Jahren 80,000,000 Mark gepart worden sind. Wenn die Herren drüben (rechts) das Defizit in der Hand gehabt hätten, wären wir um diesen Betrag an Steuern reicher geworden. Seit der preußische Finanzminister v. d. Heydt wegen eines augenblicklichen Defizits sich veranlaßt fühlte, ein ganzes Steuerbudget von 12 Steuern vorzulegen, hat Herr v. Minnigerode alles gethan, um bei jedem Etat eine neue Steuer anzupreisen. Die kleinen 6 Millionen sollten doch nicht benutzt werden, um die Politik der Liberalen zu Grunde zu richten. Im Uebrigen haben Sie (rechts) 130 Millionen bewilligt, das wird vollständig hinreichen, nicht allein die 6,000,000 Mark zu decken, sondern auch — wie ich hoffe, und wir werden die Herren beim Worte nehmen — um in Bezug auf die Steuern eine Erleichterung herbeizuführen. Ich hoffe, Herr v. Minnigerode wird dieses Programm recht genau im Gedächtniß behalten.

Abg. v. Minnigerode: Eine Kritik der Bundesregierungen hat mir in diesem Fall durchaus fern gelegen. (Natürlich!) Natürlich und ganz einfach, weil Sie die Richtung, die unsere Finanzpolitik in den letzten Jahren eingeschlagen hatte, bis zu der dann eintretenden Reform im Widerspruch mit der Bundesregierung ausschließlich auf die Majoritätsbeschlüsse dieses Hauses hin durchgeführt haben. Im Widerspruch mit der Bundesregierung haben Sie Ihre Absetzungen und Zuzüge gemacht und wiederholt den ganzen Etat erst balancirt. Eine Kritik der Bundesregierungen wird meinerseits in diesem Falle schon dadurch ausgeschlossen, daß meine Freunde und ich im Einklange mit derselben schon damals den noch heute festgehaltenen Standpunkt vertraten. Der Abg. Richter sagt, weil die wir stets die Ausgaben mitbewilligt hätten, hätten keinen Grund zu Angriffen. Das haben wir allerdings gethan; denn das Reich hat große Ausgaben, wenn es mit Ehren bestehen soll. Ihnen (der Linken) werfen wir dagegen vor, daß Sie nicht gleichzeitig für die entsprechenden Einnahmen gesorgt und unsere darauf gerichteten Versuche stets zurückgewiesen haben. Ich will mich auf gerichteten Versuche stets zurückgewiesen haben. Ich will mit meinen Ausführungen die Nothwendigkeit der finanziellen theilweise schon angebahnten Reform beweisen, welche die Abgg. Richter und Richter bisher beharrlich geklägelt haben. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Es könnte fast scheinen, als wären diese sechs Millionen in diesem Augenblick erst entdeckt und Herr v. Minnigerode hätte dem Lande beweisen wollen, wohin die liberale Wirtschaft führt. Aber diese Ziffer ist bereits in den Etatsvorlagen erwähnt, die Deckung ist dafür in den Etat eingestellt und das Planklergefecht dreht sich um eine bekannte Sache. Die Herren auf der rechten Seite müssen sich doch durch den ganzen Verlauf der Session überaus geflagen fühlen! (Gelächter.) Uebermäßige Bewilligungen führen natürlich zu Defizits oder neuen Steuern; aber uns soll man nicht vormwerfen, daß wir im Verlauf der Jahre 84 Millionen abzugeben verlangt haben und gleichzeitig das Defizit von 6 Millionen verschuldet haben sollen. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, dann hätten wir allerdings das Defizit nicht, hätten aber 84 Millionen mehr an Steuern und Matricularbeiträgen aufbringen müssen. Wollen Sie durch das kleine Defizit die Bewilligung von 130 Millionen neuen Steuern rechtfertigen? Für

jeden Unbefangenen steht die Sache so, daß wir 84 Millionen ersparen wollten, Sie aber 130 Millionen neue Steuern bewilligt haben. (Zustimmung links.)

Abg. v. Minnigerode: Ich habe mit meiner Zahlengruppierung dem Hause nicht etwas Neues vortragen wollen, sondern es bei der fortwährenden Unklarheit über unsere Finanzverhältnisse im Lande für geboten gehalten, wiederholt auf diese traurigen Verhältnisse hier zurückzukommen.

Das Haus schließt sich den Anträgen der Rechnungskommission an und wendet sich der dritten Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung und Erläuterung des Sozialistengesetzes, zu.

Abg. Liebknecht: In Bezug auf die Wirkungen des Sozialistengesetzes verweise ich nur auf die Hamburger Wahl. Ueber seine Handhabung haben wir uns niemals Illusionen hingegeben wie die liberale Partei; es hätte noch mehr auf Grund des Gesetzes von der Polizei geleistet werden können als schon geschehen ist. Ausnahmegesetze öffnen der Willkür Thür und Thor, und weder die Gesetzgeber, noch die obersten Regierungsbehörden haben es in der Gewalt, Ausweichungen der Polizei zu verhindern. Diejenigen, welche das Gesetz bewußt bewilligt haben, wollten damals die Sozialdemokratie mit Stumpf und Stiel ausrotten; was die Liberalen, die es unter dem ersten Eindruck der Attentate zum Theil bona fide bewilligt haben, damit wollten, ist gleichgültig, da sie über das Gesetz und seine Handhabung nichts zu sagen haben. Zu Stande kam es durch die schwachwollte politische Ausnutzung der Attentate. Ich erinnere an das famose Telegramm, durch welches Nobiling sofort unserer Partei zugeschrieben wurde. Obgleich das längst als eine infame Lüge flagrant ist, obgleich selbst die „Kölnische Zeitung“ zugeben muß, daß Hödel und Nobiling nicht zu uns gehört haben, die Wirkung dieser Verleumdung, das Sozialistengesetz, bleibt bestehen. — Redner verliest hierauf einen Brief des Arztes Dr. Levin, welcher Nobiling behandelt, an einen Kollegen, aus welchem hervorgeht, daß Nobiling nicht zur sozialdemokratischen Partei gehört habe. Der Präsident Graf Arnim unterbricht den Redner zwei Mal, als er die Stelle verlesen will, in welcher Nobiling g dem Arzte auf die Frage antwortet, ob ihn nicht das ehrwürdige Alter des Kaisers vor dem Attentate habe zurückschrecken lassen. Der Redner resumirt daher den Inhalt des Briefes dahin, Nobiling habe erklärt, daß er durch die Lektüre Schiller's zu der Ansicht gekommen sei, es sei seine Pflicht, durch seine That einen Wechsel des Regierungssystems herbeizuführen. Für die Sünden dieses Mannes, mit dem wir nichts zu thun hatten, läßt man uns büßen, und das Gesetz, das unter dem Eindruck der Attentate zu Stande gekommen ist, wird von diesem Wasserstrich heute verlängert werden. Trotzdem

hat sich an dem Tag der Tag der Gegner. Man hat von den Ausweichungen unserer Agitation gesprochen, aber grade, als das Sozialistengesetz erlassen werden ist, war unsere Agitation und unser Auftreten weit gemäßigter geworden, und als solche hatte und fürchtete man uns am meisten. Das Gesetz sollte keine rückwirkende Kraft haben und doch erfolgten Konfiskationen und Verbote von Schriften nur aus dem Grunde, weil sie trotz ihres harmlosen oder wissenschaftlichen Inhalts als Fortsetzungen früherer sozialdemokratischer Zeitungen angesehen wurden. Auch die Reichskommission macht sich diese Rechtsanschauung zu eigen. Man hat Schriften verboten, nicht wegen ihres Inhalts, sondern weil die darin aufgestellten Ziele nur durch den Umsturz der bestehenden Verhältnisse sich erreichen ließen. Woher wissen Sie denn, Herr Graf zu Eulenburg, daß unsere Ziele nur durch gewaltthätigen Umsturz zu erreichen sind? Mir ist davon nichts bekannt. Warum nur diese Schwachnervigkeit, sobald das Wort „Umsturz“ ausgesprochen wird, gerade in Deutschland, in dem seit 1866 die Umwälzungen doch wahrhaftig nicht mit Patschouli und Rosenwasser, sondern mit Blut und Eisen gemacht wurden. Alle unsere Hilfskassen sind vernichtet worden und die große Zahl von Organisationen, welche unsere Gegner zu zerstören hatten, beweist, daß wir eine organisatorische Partei sind, die auch zu schaffen versteht. Die Arbeiter-Bildungsvereine in Leipzig und Dresden verdienen ihren Namen in der That, die Unterrichtsstunden waren nicht an die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei gebunden, auch die segensreichen Institute sind unterdrückt worden. Von allen in Aussicht gestellten positiven Maßnahmen ist der einzige ernsthafte Vorschlag der des Abg. Stumm auf Einführung der obligatorischen Gewerkschaften. Wissen Sie denn aber, was diese Organisation bedeuten würde, wohin sie führt. Sie stellen sich mit diesen Kassen auf den Boden des Sozialismus und an dem Widerstande gehen Sie zu Grunde. Soll ich über die unglückselige Schöpfung der Kaiser-Wilhelms-Spende noch ein Wort verlieren? Wer hat denn eigentlich die Berechnungen dazu gemacht? Nahe ein Sechstel der Versicherten müßten nach dieser Berechnung 80 Jahre alt werden, mehr als die Hälfte 62 Jahre alt. Nun haben vielleicht die anderen Parteien geglaubt, sie würden für sich freies Feld haben, nachdem wir mundtot gemacht worden seien. Sehen Sie sich doch jetzt den Reichstag an; die einzige Partei, die den Vorgängen lächelnd zusehen kann, sind wir. Glauben Sie, daß die Aera der Reaktion ohne das Sozialistengesetz möglich gewesen wäre? Wir würden mit den Schutzöllnern und der Agitation der Agrarier fertig geworden sein. (Heiterkeit rechts.) Sie (zur rechten Seite) haben sich auf den Boden der Annerkennung gestellt und das Legitimitätsprinzip geopfert. Sie haben keinen Anspruch mehr auf den Namen einer konservativen Partei. Es heißt: „Qui mange du pape en meurt“, ich sage aber: „Qui mange de la révolution en meurt“. Sie haben von der Revolution gekostet und daran gehen Sie zu Grunde. Auch das Zentrum kann an dem Pakt, den es mit der Gewalt geschlossen hat, zu Grunde gehen. Was ist denn nun durch das Sozialistengesetz erreicht worden? Auf die letzte Wahl in Berlin, die einen Rückgang unserer Stimmen nachwies, hat die Hamburger Wahl geantwortet. Sollte die Verhängung des Belagerungsstandes noch an anderen Orten beschloffen werden, so würde das Volk den Glauben an das allgemeine Wahlrecht verlieren und das hieße ein wichtiges Sicherheitsventil verstopfen. Schuld an den Revolutionen sind nicht die Revolutionäre, sondern die Regierungen, und durch den Belagerungsstand liefert eine Regierung den Beweis, daß sie nicht zu regieren versteht. Wir lassen die Dinge sich entwickeln wie sie wollen und negiren das Gesetz, soweit wir nicht mit Gewalt gezwungen werden, dasselbe zu beachten. Amendements haben wir nicht eingebracht, weil wir ein solches Gesetz überhaupt nicht für verbesserungsfähig halten; wie und auf wie lange es bewilligt wird, ist uns gleichgültig, wenn die Reaktion fällt, wird auch dieses Gesetz wieder fallen. Wer ist denn vor der Omnipotenz jetzt sicher? Heute wendet sie sich gegen die Sozialdemo-

tratie, morgen werden die Nationalliberalen an die Wand gedrückt, daß sie quitierten. (Seitertzeit.) Was sind denn alle sozialdemokratischen Versammlungen gegen die Organe, in denen Herr Stöcker im Namen der Religion der Liebe die Judenhetze betreibt! (Sehr richtig links.) Warum wird nicht dagegen eingeschritten? Die Behauptungen Bebel's in der zweiten Lesung über den Knaben, welcher auf dem Polizeibureau betrunken gemacht worden ist, um ihn zu Aussagen zu verlocken und über die Frau, welche gezwungen wurde, in Gegenwart der Polizisten aus dem Bette aufzustehen und sich anzuziehen, halten wir auch heute noch aufrecht trotz der Versicherungen des Grafen zu Eulenburg. In welcher Weise das Denunziantenthum gewachsen ist, beweisen die liberalen Zeitungen häufig genug. In Worms ist es vorgekommen, daß ein Mitglied dieses Hauses den Vortrag eines Sozialdemokraten über Attentate, den derselbe nach dem Hübischen Attentate hielt, heimlich stenographiren ließ und ihn darauf zur Denunziation beim Staatsanwalt benutzte. Zu solchem Treiben sagen wir nur Psi! (Präsident Graf Arnim ruft den Redner zur Ordnung, weil er ein Mitglied des Hauses beleidigt, ohne dessen Namen zu nennen und die Behauptung zu beweisen.) Redner fährt fort: Der betreffende Abgeordnete ist Herr Seyl aus Worms. Meine Herren, verlängern Sie das Gesetz, so werden doch ihre Anstrengungen pro nihilo sein, und sollten Sie Erfolg haben, so sind sie pro nihilismo. Wir werden fortbringen bis zum Siege.

Abg. v. Heereman: Mit dem überaus größten Theile meiner politischen Freunde werde ich gegen die Vorlage stimmen. Wir verurtheilen die Lehren der Sozialdemokratie, ihre Anschauungen auf allen Gebieten des öffentlichen, privaten und religiösen Lebens sind den unsrigen diametral entgegengesetzt. Wir verkennen die Gefahren der sozialistischen Theorien keineswegs, wir haben zuerst die Regierung auf dieselben aufmerksam gemacht und sie zu positiven Maßregeln gegen dieselben aufgefordert. Geschieht das aber nicht, dann werden zum Unheil des Staates diese sozialistischen Grundsätze allgemeine Geltung erlangen. Diese Grundsätze sind um so gefährlicher, weil ein solches Wahre in denselben ist und weil sie in einer Bevölkerung, die materiell so nothleidend ist wie die unsrige, eine geneigtere Aufnahme finden. Das einzige Gegengewicht gegen diese Theorien ist nur der Glaube und die Religion. Ohne die Idee einer Vergeltung im andern Leben, einer ausgleichenden Gerechtigkeit, gleiche die Welt mit ihren unvermittelten Gegensätzen des größten Reichthums und des tiefsten Pauperismus einem Tollhaus und es wäre niemandem zu verdenken, wenn er die Ansprüche auf gleiche Genüsse wie jeder andere erhebt. Die Sitten ohne den Glauben mag vielleicht gegen die Sozialdemokratie einige Generationen lang vorhalten, länger nicht. Der Kulturkampf und die Bekämpfung der Sozialdemokratie stehen in einer bestimmten Wechselwirkung. Dieselben Gründe, welche gegen das Gesetz selbst sprachen, sprechen auch gegen dessen Verlängerung. Ich berufe mich auf die frühere Erklärung des Freiherrn zu Franckenstein und die Ausführungen der Abgeordneten Reichenperger, Windthorst und v. Schorlemer. Wir stimmen hauptsächlich gegen die Vorlage, weil dieses Ausnahmegegesetz keinen richterlichen Schutz gegen Polizeivillkür gewährt und weil es bestimmte, harte Strafen, wie die Ausweisung verhängt, ohne die Unterlage eines bestimmten Verbrechens oder Vergehens, ohne Beweis und Vertheidigung, lediglich auf den Verdacht der Behörden hin. Wenn ich also trotz der Gefahren der Sozialdemokratie gegen die Vorlage stimme, so geschieht das, weil ich gewisse Prinzipien nicht verletzen will, deren Verletzung dem Staat verwerflich ist und sich schwer rächt. Wenn man die allgemeine Gleichheit unter den Staatsangehörigen aufhebt, so weckt das die Erbitterung und ruft die Empörung hervor. Die Polizeivillkür erweckt die Zugellostigkeit der von ihr Betroffenen. Wir sagen nicht wie gewisse Kreise: der Zweck heiligt die Mittel. Mit dieser Rechtsverletzung würden wir einen fatalen Präzedenzfall schaffen, der es uns unter Umständen sehr erschweren könnte, das Prinzip der allgemeinen Rechtsgleichheit aufrecht zu erhalten. Wir halten die Vorlage auch für materiell falsch, weil sie gegen die äußeren Erscheinungen, nicht gegen die Ursachen des Uebels kämpft. Wir haben schon früher energisch genug den letzteren Weg eingeschlagen, wir haben ihn energisch genug der Verantwortung zu, und wir wollen sie, indem wir ihr unser Votum für dieses falsche Kampfmittel versagen, nöthigen, den richtigen Weg zur Bekämpfung des Uebels einzuschlagen. Wenn die Wurzel bleibt, dann wuchert das Uebel im Geheimen weiter und ist um so gefährlicher. Einige meiner politischen Freunde glauben nun, es sei ein Unterschied, ob man ein Gesetz erlasse, oder ob man ein bereits erlassenes verlängere. Man könne jetzt nicht plötzlich die Dämme aufheben, sonst würde momentan eine zu große sozialdemokratische Ueberfluthung eintreten. Wenn aber ein Gesetz bei seinem Erlaß innerlich falsch ist, dann gilt dasselbe für seine Verlängerung, die sozialdemokratische Gefahr ist auch für den Augenblick nicht so sehr zu fürchten, wie für die Zukunft, wir glauben aber, daß diese Gefahr für die Zukunft durch diese Vorlage vergrößert wird. Ich habe auch nach den Ausführungen der Sozialdemokraten in der zweiten Lesung die Empfindung, daß das Gesetz bisher mit unnöthiger Härte ausgeführt worden ist. Die Regierung hatte noch bis zum Zusammentritt des nächsten Reichstages Zeit, bis dahin dauerte das jetzige Gesetz und bis dahin konnte sie positive Maßregeln gegen die Sozialdemokratie diesem Hause vorlegen, welche gewiß die Billigung der Majorität gefunden hätten. Die Annahme der Vorlage ist uns auch unnötig gemacht durch die ablehnende Haltung, welche die Regierung in zweiter Lesung zu den Anträgen meiner Freunde eingenommen hat, und welche einige prinzipielle Bedenken derselben gegen die Vorlage beiseitigen sollten. Der Minister hat richtig gesagt, Ideen kann man nicht durch Polizeigewalt tödten. Man möge in Preußen, wo man in dieser Hinsicht an einer chronischen Verblödung leidet, daraus die nöthigen Konsequenzen ziehen. Geben Sie in katholischen Gegenden der Kirche und ihren Organen freie Hand, veranlassen Sie in nicht-katholischen Gegenden das Zusammenwirken aller wohlgesinnten Kräfte und Sie werden die Gründe zur Verbreitung der Sozialdemokratie beseitigen. Die große Ausdehnung der Polizeigewalt ist ein Anreiz des modernen Staates, sie kann aber nur momentan eine solche Sicherheit schaffen, wie kann sie organisiren. Ohne Verlängerung des Gesetzes wären wir auch nicht ratlos, das Strafgesetzbuch bietet bei einer strengen Handhabung genügende Mittel zur Unterdrückung der sozialdemokratischen Ausschreitungen. Das Strafgesetzbuch ist in dieser Hinsicht auch vor Erlaß des Sozialistengesetzes nicht genügend gehandhabt worden. Ich habe schließlich noch hinzuzufügen, daß wir uns bei diesem unsern negativen Votum wie immer nur von sachlichen Erwägungen leiten lassen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Günther: Wir haben zwar vollständig mit dem Antrage Windthorst sympathisirt, der dem Reichsgericht die Entscheidung über Beschwerden gegen dieses Gesetz überweisen wollte; gleichwohl freuen wir uns, daß kein Faisel der Akten dieses Gerichts an die traurige Zeit erinnern wird, in der man sich zu einem solchen Gesetz veranlaßt glaubte. Wenn der Minister Eulenburg neulich meinte, daß es noch außer den Sozialdemokraten Parteien gebe, die dem Bestande des Staats und der Gesellschaft gefährlich wären, so kann er wohl kaum irgend eine Partei dieses Hauses gemeint haben. Vielleicht meint er die den sozialdemokratischen sehr ähnlichen Bestrebungen des Staatssozialismus und des christlichen Sozialismus des Herrn Stöcker, staatsgefährliche Bestrebungen, gegen die sich Most in London beschämt in ein Mausloch verfrachten muß. Wenn Sie beantragen wollen, daß diese mit unter des Gesetzes fallen, so werden wir dem zustimmen. (Unruhe rechts.) Niemand hat die Gefahren der Sozialdemokratie eher eingesehen, als unsere Partei. Wir verlangten drei Mittel zu ihrer Bekämpfung: Unterdrückung ihrer Beschwerden und Abhilfe durch positive Maßregeln, soweit sie berechtigt sind, ferner eine weit verbreitete Agitation in Wort und Schrift gegen die falschen Ideen des Sozialismus und zur Beförderung dieser Agitation eine freisinnige Gesetzgebung, endlich strenge Bestrafung nachgewiesener wirklicher Ausschreitungen der Sozialdemokratie. Wie steht es nun mit den positiven Maßregeln?

Wo bleibt eine Maßnahme gegen die überhandnehmende Gefährdung der Arbeit, wo die Erweiterung des Haftpflichtgesetzes? Die Privatthätigkeit ist auch noch nicht über das Anfangsstadium hinausgekommen; die Willkürsperre leidet an dem Mangel einer guten wissenschaftlichen Unterlage. Daß das Humanitätsprinzip noch nicht sehr in die Herzen der Arbeitgeber eingezogen ist, läßt sich auch an vielen Thatfachen beweisen. Was ferner die Agitation gegen die Sozialdemokratie betrifft, so hält sich das deutsche Volk durch dieses Gesetz für ermächtigt, sich zwei Kappen über die Ohren zu ziehen, indem es, wie der Vogel Strauß, die Gefahr nicht sehen will, und die Schlafkappe, in der es gewohnt ist, unter dem Schutze der Polizei gemüthlich sein Pfeifchen zu rauchen. Sie wissen, welcher Jubel im Kreise der loyalen Bevölkerung herrschte, wenn es gelang, über die Sozialdemokratie in ihrem eignen Gebiete einen Sieg zu erringen. Der Trieb zur Erlangung solcher Siege wird aber durch das Gesetz lahm gelegt. Was endlich die Bestrafung der Ausschreitungen betrifft, so wendet sich dieses Gesetz nicht gegen Thaten, sondern gegen Ideen, und gegen solche kann man keine Kanonen aufahren lassen. Als das Gesetz gegeben wurde, standen wir alle mehr oder weniger unter dem Eindrucke erschütternder Ereignisse und mancher gab dem Ruf nach positiven Maßregeln damals nach, weil er sich sagte, daß er ja nach Ablauf der wenigen Jahre der Gültigkeit das Gesetz noch einmal ruhig prüfen könne. Man meinte, daß durch das Gesetz die sozialdemokratischen Agitatoren sich gewöhnen würden, sich auf gleichen Rechtsboden mit den anderen Bürgern zu stellen. Wie man jetzt, wo die sozialdemokratische Agitation ganz abgeschnitten ist, für die Verlängerung stimmen kann, ist mir unbegreiflich. Das Gesetz hat die Agitation von der Oberfläche nach innen gedrängt; daß sie hier weiter wuchert, beweisen die Wahlen in Glauchau, Magdeburg, Breslau und Hamburg. An letzterem Ort mag wohl der Wahltag mit durch das Vorgehen Preußens gegen Hamburg verursacht sein, so ist doch der Zuwachs von 800 Stimmen nicht ohne eine geheime Agitation zu erklären. Wenn man eine solche Bewegung in das Innere der Fabriken drängt, dann wird natürlich jeder neu eintretende Lehrling auch ein Lehrling der Sozialdemokratie. Was die Sozialdemokraten eigentlich unter diesem Gesetz thun sollen, das hat sich die Majorität noch gar nicht klar gemacht. Den reichstreuen Himmel verbieten Sie ihm, und in die sozialdemokratische Hölle soll er auch nicht hinein (Seitertzeit); es müßte Ihnen doch erwünscht sein, wenn sich die früheren Sozialdemokraten einer anderen Fraktion zuwenden; in einer liberalen Versammlung dürfen sie sich aber nicht leben lassen; nun, daß sie nicht unmittelbar bei der deutschkonservativen Fraktion sich einschreiben werden, muß Ihnen doch klar gewesen sein. Der einmal Anrührte bleibt in den Augen der Polizei immer Sozialdemokrat; es ist ihm nicht einmal Gelegenheit gegeben, das Gegentheil zu erweisen. Die Leute sind daher durch das Gesetz eher erbittert worden, als daß eine positive gute Wirkung erreicht worden wäre. Das Gesetz ist nicht nur nutzlos gewesen, sondern hat auch zu vielen gerechtfertigten Beschwerden Anlaß gegeben. Ich erinnere an den Fall in Münden, an den wahrhaft grauenhaften Fall in Hamburg, wo der Wahlfonds faßirt wurde, und den Fall, in welchem eine harmlose Kneiperversammlung, in der sich ein Auswanderer verabschieden wollte, aufgehoben und verhaftet wurde. Die Sozialdemokraten haben freilich so viel Wind gefaßt, daß sie sich nicht wundern dürfen, wenn jetzt ein Orkan über sie hereinbricht. Aber es handelt sich nicht um die frühere, sondern um die jetzige Sozialdemokratie, und wenn deren Beschwerden begründet sind und wir nicht anders abhelfen können, so müssen wir die Zustimmung zu diesem Gesetz verjagen. Wir wollen vor Allem nicht diese Durchlöcherung des Rechtsstaats. Wir können begreifen, daß jene Seite damit einverstanden ist, die überhaupt nur von Polizeimaßregeln das Heil erwartet, auch daß ein liberaler Mann, der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, seinerzeit dem Gesetz zu stimmen konnte; wie aber freisinnige Männer dieses alle Prinzipien des Liberalismus durchlöchernde Gesetz heute verlängern können, ist uns unbegreiflich. Wir, im Fortschritt, freuen uns, daß wir hier geschlossen auftreten können, um ein Gesetz abzulehnen, von dem wir überzeugt sind, daß es für die Freiheit und die Gerechtigkeit eine dauernde Schädigung enthält. (Seitertzeit links.)

Abg. Seyl: Obgleich der Präsident mich gegen die persönlichen Angriffe in Schutz genommen hat, welche der Abg. Liebknecht auf Grund von unwahren, ihm gemachten Mittheilungen hier zu erheben für nöthig befand, so darf ich mir doch einige Bemerkungen über den Sachverhalt erlauben. Ob es geeignet war, daß der Abg. Liebknecht die Aufmerksamkeit des Hauses auf Vorfälle in einer Volksversammlung lenkte, durch welche die Nothwendigkeit und Nichtigkeit des Sozialistengesetzes noch besonders nachgewiesen werden könnte, lasse ich dahingestellt. Ein Sozialdemokrat, Namens Oppenheimer, ein früherer Lehrer, hatte sich Worms besonders für seine Agitation ausgewählt und die unerhörte Kühnheit gehabt, nach dem Hübischen Attentate einen Vortrag über Attentate anzukündigen. Ich fand, daß dies eine unerhörte Dreistigkeit war und sah mich veranlaßt, einen Angestellten von mir in diese Versammlung zu schicken, um den Wortlaut dieser Rede für mich niederzuschreiben zu lassen. Ich machte auch gar kein Hehl daraus, daß ich das gethan hatte; im Gegentheil theilte ich es verschiedene Personen mit. Unter anderem hörte ein demokratischer Redakteur eines wormser Blattes, daß ich im Besitze dieser Rede war auch die Behörde hat davon Kenntnis erhalten. Nun wurde gegen diesen Mann eine Anklage erhoben, in welcher der von mir Angestellte die Behauptungen und Bemerkungen dieses Mannes als thatsächlich richtig beschwören konnte. Ich will nur zwei solcher Äußerungen anführen. Die eine dieser Äußerungen ging dahin, daß in sämtlichen deutschen Fürstenthümern Wölfe vorgekommen seien; die andere ging dahin, daß die Frau, welche den Schuß von Hübisch gesehen haben sollte, nach deutscher Sitte eigentlich zur Schützenkönigin erhoben werden sollte. (Hört! hört!) Nach Erhebung der Anklage wurde ich, durch sozialistische Freunde wahrscheinlich, mit in den Prozeß hineingezogen und als Zeuge an das Obergericht nach Mainz geladen, um dort gewissermaßen selbst gegen mich die Aussage zu machen, als ob ich thatsächlich die Anzeige gemacht habe. Ich war nun in der Lage, dasselbe eidlich auszusagen zu können, was ich hier mitgetheilt habe. Ich konnte allerdings nicht umhin, mit Genugthuung zu konstatiren, daß durch die Aussagen meines Angestellten derartige strafbare Äußerungen nicht mehr in Abrede gestellt werden konnten. Wenn aber auch das Gesetz abgelehnt würde — ich hoffe, daß dies nicht geschieht — und die Sozialdemokratie in dem Sinne bekämpft werden sollte, wie der Abg. Günther es wünscht, so würde ich dem Abg. Günther und seinen Freunden die Maßregel empfehlen, welche sich in diesem Falle als wirksam erwiesen hatte. (Rufe links: Danke schön! Abg. Richter: Das ist nicht unser Geschmach! Beifall rechts.)

Abg. Graf Ballestrem: Obgleich ich mit den prinzipiellen Ausführungen des Freiherrn v. Heereman vollkommen einverstanden bin, werde ich doch für die Verlängerung des Gesetzes stimmen. Ich bin auch der Meinung, daß der Zweck nicht die Mittel heiligt; das Gesetz enthält aber nichts moralisch Verwerfliches, mag es auch ungeschickt und unweckmäßig sein. Als das Gesetz zuerst berathen wurde, hatten sich bedenkliche Symptome einer schweren Krankheit der Gesellschaft gezeigt: die sozialdemokratischen Ausschreitungen und die ruchlosen Attentate, obwohl nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehend, waren doch Zeichen des Abfalls von Gott und dem Christenthum. Nun berief man als Ärzte an das Krankenbett die Fraktionen dieses Hauses. Statt das Uebel an der Wurzel zu fassen, gaben sie Morbium, das den Kranken nur vor Krampfanfällen schützte. Nun sind die gewaltsamen Eruptionen unterdrückt, und das Morbium soll sich jetzt entscheiden, ob das Mittel beibehalten. Wenn man nun einmal ein solches Betäubungsmittel gegeben, so kann man davon nicht plötzlich abgehen, ohne die heillosen Wirkungen zu erzielen. Man muß das Mittel allmählig abklingen lassen. Das bezwecken wir mit unsern Anträgen in der zweiten Lesung. Da aber diese abgelehnt sind, so fragt es sich, ob wir nun das ganze Gesetz ablehnen sollen. Die plötzliche Aufhebung würde die

Ausschreitungen der Sozialdemokratie in verstärktem Maße wieder herrbrechen lassen. Darum müssen wir das geringere Uebel wählen und der Verlängerung zustimmen. Ein Theil meiner Partei (des Centrums) wird dies mit mir thun.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Abg. Liebknecht meint, daß der Abg. Seyl nur das bestätigt habe, was er behauptete, und verliest zum Beweise dessen einen Brief des Oppenheimer, in welchem dieser behauptet, daß erst 1 Jahr, nachdem seine Rede gehalten, die Anklage auf Veranlassung des Abg. Seyl erfolgt sei.

Abg. Günther (Nürnberg): Der Abg. Seyl hat ohne alle Veranlassung mich und meine Partei mit dem Verfahren, das er gegenüber dem Oppenheimer beobachtete, in Zusammenhang gebracht. Ich glaube, weder die Form noch der Inhalt meiner Rede giebt ihm das Recht, anzunehmen, daß meine Partei ein solches Verfahren für politisch flug oder für sittlich zulässig hält.

Der Präsident Frhr. zu Franckenstein erklärt diese Äußerung für parlamentarisch unzulässig.

Abg. Seyl: Ich hatte geglaubt, daß ich auch von der Rede des Oppenheimer Kenntnis nehmen dürfte, da sie ja Jedermann zugänglich gemacht war; eine Anklage wollte ich durchaus nicht veranlassen. Wenn ich der Fortschrittspartei empfahl, solche Reden niederzuschreiben zu lassen, so glaube ich, liegt darin kein Vorwurf, wie der Abg. Günther es aufsteht.

Abg. Günther (Nürnberg): Der Vorredner hat meine Ansicht nicht erschüttert. (Unruhe rechts.)

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Spezialdiskussion zu § 1, der die authentische Interpretation des § 28 wegen des Aufenthalts der ausgewiesenen sozialistischen Abgeordneten in Berlin enthält, bemerkt Abgeordneter Casselmann: Der Reichstag will sich durch dieses Gesetz nur selbst schützen, damit nicht der Polizei-Präsident v. Madau jedes beliebige Mitglied vom Reichstage fern halten kann. Wie man mit den Privilegien des Reichstages verfährt, ist uns gleichgültig. Uns kommt es hauptsächlich darauf an, daß das allgemeine Wahlrecht durch das Sozialistengesetz annullirt ist; damit ist die Hoffnung auf eine locale Entwidlung der sozialen Frage in unserem Sinne abgeschnitten und es bleibt den deutschen Arbeitern nichts anders übrig, als das zu thun, was die russischen Arbeiter und die französischen Arbeiter zur Zeit der Kommune gethan haben (Vizepräsident von Franckenstein ruft den Redner deswegen zur Ordnung). Ich habe meine Ueberzeugung ausgesprochen. Ich bedaure auch, daß man die Militäristen und Kommunisten nicht als Parteigenossen anerkannt hat. Ich akzeptire diese Verbindung. (Hört!) Ich meine überhaupt, daß die Zeit des parlamentarischen Geschwätzes vorüber ist, daß die Zeit der Thaten beginnt. (Gelächter!)

§ 1 wird genehmigt.

Nach § 2 soll das Gesetz bis zum 30. September 1884 verlängert werden. Abg. Reichenperger (Erfeld) beantragt die Verlängerung nur bis 1882 zu genehmigen, da der Reichstag in möglichst kurzer Zeit prüfen müsse, ob die Umstände nicht die vollständige Beseitigung des Gesetzes ermöglichen.

Minister Graf zu Eulenburg hält zunächst sein Dementi gegenüber den Behauptungen des Abg. Bebel aufrecht. Bezüglich des Briefes des Dr. Lewin kann ich eine bestimmte Erklärung nicht abgeben. Als von dem Briefe die Rede war, wurde Dr. Lewin befragt, ob er an einen Privatmann einen solchen Brief geschrieben habe; er hat dies mit der größten Bestimmtheit verneint. Die Möglichkeit, daß dieser Brief existirt, soll nicht bestritten werden und ich kann auch sagen, wie der Zusammenhang wahrscheinlich sein wird. Während Nobiling im Gefängnis behandelt wurde, erstattete Dr. Lewin täglich an die Polizeibehörde und an einen anderen beamteten Arzt Berichte und es ist möglich, daß einer der Briefe an den beamteten Arzt auf unrechtmäßigem Wege diesem Arzt entnommen und so in die Hände des gewöhnlichen Mannes des Abg. Liebknecht gekommen ist; das scheint mir daraus hervorzugehen, daß der Wortlaut ungefähr übereinstimmt mit dem, was Nobiling an den Beamten des Reichstages geschrieben hat. Nobiling nicht folgern, daß er der sozialdemokratischen Partei angehört, aber ich muß dagegen protestiren, daß aus dem Briefe bewiesen werden soll, daß er kein Anhänger der Sozialdemokratie war. Der Antrag, die Gültigkeitsdauer zu verkürzen, ist von einem Gegner des Gesetzes ausgegangen. Die positiven Maßregeln gegen die Sozialdemokratie lassen sich nicht so schnell herbeiführen, deshalb muß man einen genügenden Spielraum lassen. Von sozialistischer Seite hat man nur mit Hohn und Spott geantwortet, daß nicht die richtige Antwort auf das Gesetz. Wenn die Kaiser-Wilhelms-Spende erwähnt worden ist, so bemerke ich, daß Männer aller Parteien zur Entwerfung des Statuts dieses Instituts berufen worden sind; wenn sich bei der Handhabung des Statuts Schwierigkeiten ergeben, so werden sich dieselben auf Grund der Erfahrung beseitigen lassen. Wir haben den Beweis geliefert, daß wir das, was auf Grund des Gesetzes geschehen ist, nicht zu scheuen brauchen und daß wir auch offen im Reichstage jede Auskunft zu geben bereit sind. Ich glaube, Sie können der Regierung eines Vertrauens schenken. Wenn Sie das nicht wollen, dann sagen Sie ein aufrichtiges „Nein“. Die öffentliche Meinung stand auf unserer Seite, als das Gesetz beschlossen wurde; das Votum des Reichstages wird von Neuem bekunden, daß sie auch ferner auf unserer Seite stehen wird.

Abg. Liebknecht bemerkt persönlich, daß der Brief des Dr. Lewin auf die rechtmäßige Weise in seine Hände gekommen sei, jedenfalls auf viel rechtmäßiger Weise als Briefe von Sozialdemokraten in andere Hände gelangt seien. Gätte man die Akten über Nobiling veröffentlicht, so wäre der ganze Streit überflüssig. Wo sind die Akten? (Gelächter.)

§ 2 wird angenommen, nachdem der Antrag Reichenperger (Erfeld) abgelehnt ist.

In der Abstimmung über das ganze Gesetz wird dasselbe in namentlicher Abstimmung mit 191 gegen 94 Stimmen angenommen. Für dasselbe stimmen die Konservativen, die Nationalliberalen, die liberale Gruppe und folgende Mitglieder des Centrums: v. Armin (Angolstadt), Graf Ballestrem, Vernard, v. Bobmann, Graf Jäger-Rückert, v. Hertling, Mayer (Donauwörth), Meyer (Offenburg), Graf Ranhaus-Gormons, Frhr. v. Dr. (Landsbut), Pohlmann, Graf Saurma-Nelitz, v. Soden, Strecker. Gegen die Vorlage stimmen die übrigen Mitglieder des Centrums, die Fortschrittspartei, die Polen, Elsässer und Sozialdemokraten und der Abg. Kasper.

Schluß 5½ Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Anträge v. Seydewitz betr. Innungen und Auktionatoren; Petitionen.)

Politische Uebersicht.

Bosen, den 5. Mai.

Wie in Hoffriesen verlautet, wird Se. Majestät der Kaiser am 10. Mai Morgens wieder in Berlin eintreffen; am 11. Mai wird die Kronprinzessin in Potsdam erwartet. Die Abreise Sr. Majestät nach Gms dürfte erst gegen Mitte des nächsten Monats stattfinden, da der Kaiser zuvor der zweihundertjährigen Jubelfeier der Stadt Magdeburg beizuwohnen wird.

Die Quittungssteuer ist bereits in der Kommission berathung gestern mit allen gegen eine Stimme abgelehnt worden. Die Depeche, welche dies meldet, hat nur noch in einem Theil unserer heutigen Morgenausgabe Aufnahme finden können.

Der vor einigen Tagen erwähnte Antrag Birch w's geht nicht bloß auf Zahlung von Diäten, sondern auch auf Er-

gänzung der Verfassung in dem Sinne, daß die Anwesenheit des Kanzlers vom Reichstage verlangt werden kann. Derselbe kommt aber nicht mehr zur Verhandlung. Für den ersten Theil dieses Antrages erheben sich jetzt Stimmen, auf die der Antragsteller schwerlich glauben zu können. Der hochkonservative „Reichsbote“ erklärt, nachdem er sich gegen den Antrag Böck auf Herabsetzung der Beschlüßziffer ausgesprochen, daß nur die Diätenzahlung dem Reichstag vor der chronischen Beschlüßunfähigkeit retten kann: „Wollen wir einen Reichstag, dann muß auch Zug darin sein. Ohne Diäten geht das nicht; dazu haben wir in Deutschland zu wenig reiche politische Männer, von denen ein solches Opfer leicht zu tragen wäre. Daß die Diätenlosigkeit kein Gegengewicht gegen das allgemeine Stimmrecht ist, hat die Anwesenheit der Sozialdemokraten im Reichstage genügend bewiesen.“ Die Erwiderung der „Kreuzzeitung“ hiergegen Namens der Deutsch-Konservativen haben wir bereits in der Morgennummer mitgetheilt.

Die Nachricht, daß in Hamburg eine Kündigung der Zollvereinsniederlage erfolgt sei, wird jetzt von denselben hamburger Blättern, die sie gebracht hatten, widerrufen und als ein Produkt der erregten Stimmung bezeichnet. Wir hatten im Leitartikel unserer Morgenausgabe schon darauf aufmerksam gemacht, daß der Kündigung ein Beschluß des Bundesraths vorhergehen müsse, von dem bisher noch nichts verlautet hat. Dagegen bestätigt es sich, daß die Erleichterungen für den Viehmarktverkehr, welche der frühere Provinzialsteuerdirektor Schomer bewilligt hatte, ganz urplötzlich außer Kraft gesetzt sind, dergestalt, daß Vieh, welches im Vertrauen auf die geltende Bestimmung am Morgen aus dem Zollverein nach dem Markt geführt war, schon nach einigen Stunden nicht mehr zollfrei zurückgeführt werden konnte. Bekanntlich wurde vor sehr kurzer Zeit der Provinzialsteuerdirektor Krieger an Herrn Schomer's Stelle nach Altona versetzt; man führt auf dessen Initiative die gegenwärtigen Maßregeln zurück. Privat Schreiben aus Hamburg schildern der „N.-Z.“ die dortige Stimmung als eine in hohem Grade erregte und durchaus einmüthige; man sieht in dem Vorgehen Preußens ein Zeichen von Mangel an bundesfreundlicher Gesinnung und als einen gegen die Selbstständigkeit Hamburgs geführten Schlag. Wie schwach in Hamburg die Partei für den Zollanschluß ist, haben, wie unsere Leser wissen, die letzten Wahlen zur Bürgerchaft so überzeugend gezeigt, daß der Versuch, durch Abwesen einen Gegenbeweis zu führen, misslingen muß.

Pocales und Provinzielles.

Bosen, 5. Mai.

Se. Exe. der kommandirende General Herr v. Pape hat gestern Abend 8 Uhr die Reise zur Inspizierung der Truppen der 9. Division angetreten.

Personal-Veränderungen im V. Armeekorps. v. Einem, Sek.-Lieut. im 4. Inf.-Regt. Nr. 51, vom 1. Mai ab als Erzieher zum Kadettenhause in Dranienstein kommandirt. v. Jüng, Sek.-Lt. vom 1. Niederösterl. Inf.-Regt., kommandirt als Erzieher bei dem Kadettenhause in Dranienstein, vom 1. Mai ab Militär-Lehrer bei dem Kadettenhause kommandirt. v. Schappuis, Hauptmann à la suite des 1. Westph. Gren.-Regts. Nr. 6, unter Aggregation bei diesem Regiment, von dem Kommando als Militär-Lehrer bei dem Kadettenhause in Kulm entbunden.

Telegraphische Nachrichten.

Wiesbaden, 4. Mai. Se. Majestät der Kaiser machte gestern eine Spazierfahrt und wohnte Abends der Vorstellung im Theater bei. Heute nahm Se. Majestät die Vorträge des Hofmarschalls, Grafen Perponcher, und des Chefs des Militärkabinetts, Generalleutnants v. Albedyll, entgegen. Nachmittags wird der Großherzog von Hessen mit seinen Töchtern hier erwartet. An dem Diner bei Se. Majestät dem Kaiser werden der Großherzog von Hessen mit seinen Töchtern, sowie die hier weilenden Nichten des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin Theil nehmen.

Darmstadt, 4. Mai. Der Großherzog und die Prinzessinnen Viktoria und Elisabeth sind, einer Einladung Sr. Majestät des Kaisers zur heutigen Tafel folgend, heute Mittag nach Wiesbaden abgereist. Die beiden Prinzessinnen werden sich nächsten Sonntag zu längerem Aufenthalte nach England begeben.

Wien, 3. Mai. Der bisherige hiesige französische Botschafter, Teisserenc de Bort, welcher heute Nachmittag von der Kaiserin in Abschiedsaudienz empfangen wurde und morgen vom Kaiser empfangen werden wird, hat, der „Polit. Korresp.“ zufolge, das Großkreuz des St. Stephan-Ordens erhalten.

Rom, 3. Mai. Ein aus Crispi, Nicotera und Zanarbelli bestehendes Komite hat, Namens der Deputirten der Linken, welche am 29. v. Mts. gegen das Ministerium stimmten, ein von 51 Deputirten unterzeichnetes Wahlmanifest erlassen, in welchem die Gründe für die Abstimmung vom 29. v. Mts. dargelegt und die Wähler aufgefordert werden, von den Kandidaten der Linken ein klares, aufrichtiges Programm und eine entschiedenen liberale Politik zu verlangen. In dem Wahlmanifeste wird zugleich der Wunsch einer Versöhnung mit den Freunden der Linken, die für das Ministerium stimmten, ausgesprochen. Die neue konservative Partei beabsichtigt ebenfalls, Wahlkandidaten aufzustellen.

Konstantinopel, 4. Mai. Der Nuntius Bannutelli ist bemüht, eine Versöhnung der antihajunischen Armenier mit Rom herbeizuführen. Der Patriarch, Hassun, begiebt sich am nächsten Freitag nach Rom.

Washington, 4. Mai. Der Schatzsekretär Sherman hat an den Finanzausschuß des Senates ein Schreiben gerichtet, in welchem er den Gesetzentwurf bekämpft, wonach die Regierung neben den Anleihen für den Tilgungsfonds allwöchentlich noch für 5 Millionen Dollars sechszehntel Obligationen ankaufen soll. Der Schatzsekretär hebt hervor, daß der Ueberschuß aus

den Staatseinkünften unzureichend sein würde; der Baarsaldo der Schatzkammer dürfe zu solchem Zwecke nicht verwendet werden. Das gegenwärtige System, Obligationen in dem Maße anzukaufen, wie der Ueberschuß anwache, halte er für das Beste. — Einer der hiesigen chilenischen Gesandtschaft zugegangenen Depesche aus Panama zufolge hat die chilenische Flotte Callao bereits am 22. April bombardirt und daselbst großen Schaden angerichtet. Die Chilenen bedrohen Lima, woselbst ein großer Nothstand herrschen soll. Die chilenische Armee befindet sich auf dem Marsche nach Sama (Provinz Arequipa).

Verantwortlicher Redakteur: S. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
4. Nachm. 2	750,6	ND schwach	bedeckt	+12,1
4. Abnds. 10	750,3	ND mäßig	bedeckt	+12,9
5. Morgs. 6	750,1	N schwach	bedeckt	+11,7

1) Regenhöhe 0,4 mm.

Wetterbericht vom 4. Mai, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. red. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Aberdeen	765,6	N mäßig	wolfig	7,8
Kopenhagen	759,3	D leicht	Regen	8,5
Stockholm	764,2	SD leicht	Dunst	12,4
Haparanda	758,8	S leicht	bedeckt	2,8
Petersburg	764,7	WNW leicht	heiter	6,1
Moskau	767,7	S still	halb. bed.	6,9
Oslo	762,5	ND mäßig	halb. bed.	8,9
Brest	757,8	D mäßig	bedeckt	8,2
Helder	756,4	ND still	Rebel	9,8
Sylt	756,6	D schwach	Regen	8,6
Hamburg	756,4	D still	bedeckt	11,9
Swinemünde	757,3	SD schw.	bedeckt	11,3
Neufahrwasser	760,7	D leicht	bedeckt	10,0
Memel	762,7	SD mäßig	wolkenl.	12,8
Paris	757,2	still	wolkenlos	8,3
Krefeld	fehlt			
Karlsruhe	756,2	SD still	bedeckt	10,8
Wiesbaden	757,0	SD still	halb. bedeckt	11,5
Raffel	755,8	N still	wolkenlos	9,2
München	757,2	W mäßig	Rebel	8,1
Leipzig	756,0	SW still	Rebel	12,1
Berlin	755,7	D still	bedeckt	12,8
Wien	753,7	NW still	bedeckt	12,0
Breslau	756,6	D leicht	bedeckt	12,4

1) Seegang mäßig. 2) Seegang leicht. 3) Regentropfen. 4) Gestern Abend Regen. 5) Nachts starker Thau. 6) Früh starker Nebel. 7) Nachm. regnerisch. 8) Früh Regen. 9) Nachts Regen.

Uebersicht der Witterung. Das Depressionsgebiet mit vorwiegend trübem, im Südosten und an der Nordsee regnerischem Wetter und sehr schwacher Luftbewegung erstreckt sich heute von der Balkan-Halbinsel bis zur südlichen Nordsee. Ueber den britischen Inseln und Nord-Frankreich sind in Folge beträchtlicher Luftdruck-Zunahme im äußersten Nordwesten friische Nordostwinde eingetreten, auch im nordöstlichen Deutschland sind bei zunehmender Bevölkerung Ostwinde aufgetreten. Die Temperatur hat sich in unregelmäßiger Weise geändert, ist aber im Durchschnitt etwas gestiegen. Nizza: West, still, wolkenlos, Plus 16,2 Grad.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 3. Mai Mittags 1,32 Meter.

„ 4. „ „ 1,32 „

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 4. Mai. (Schluß-Course.) Sehr fest. Lond. Wechsel 20,45. Pariser do. 80,91. Wiener do. 170,20. R.-M. St.-A. 146½. Rheinische do. 158½. Hess. Ludwigsb. 99½. R.-M.-Pr.-Anth. 133½. Reichsanl. 100. Reichsbank 150½. Darmst. 144½. Meiningen B. 96½. Ost.-ung. Wf. 716 00. Kreditaktien 238½. Silberrente 62½. Papierrente 62½. Goldrente 75½. Ung. Goldrente 90½. 1860er Loose 125. 1864er Loose 312,50. Ung. Staatsb. 212,20. do. Obl. II. 11. Böhm. Westbahn 191½. Elisabethb. 161. Nordwestb. 138½. Galizier 226½. Franzosen 237½. Lombarden 71½. Italiener 1877er Ruffen 90½. II. Orientanl. 60½. Zentr.-Pacifc 110. Diskonto-Kommandit. Elbthalbahn. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 237½, Franzosen 237½, Galizier —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —, III. Orientanleihe —, Lombarden 70½, Schweizer. Zentr.-bahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Ruffen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 4. Mai. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 237½, Franzosen 237½, Lombarden 70½, 1860er Loose 124½, Galizier 226½, österr. Silberrente —, ungarische Goldrente 90½, II. Orientanleihe 60½, österr. Goldrente —, Papierrente —, III. Orientanleihe —, 1877er Ruffen —, Meiningen Bank —, Ruhig.

Wien, 4. Mai. (Schluß-Course.) Die andauernd günstigen Saatenberichte und die von auswärts gemeldeten Kurse steigerten durchweg erheblich, Schluß ruhiger. Papierrente 72,17½. Silberrente 73,80. Dester. Goldrente 89,10. Ungarische Goldrente 106,45. 1854er Loose 122,70. 1860er Loose 130,25. 1864er Loose 174,20. Kreditlose 177,00. Ungar. Prämienl. 112,00. Kreditaktien 279,75. Franzosen 278,25. Lombarden 83,80. Galizier 266,25. Kasch.-Oderb. 127,20. Pardubitzer 129,50. Nordwestb. 162,00. Elisabethb. 189,50. Nordbahn 244,00. Desterreich-ungar. Bank —, Türl. Loose —, Unionbank 110,00. Anglo-Austr. 146,50. Wiener Bankverein 137,50. Ungar. Kredit 268,25. Deutsche Pläze 58,10. Londoner Wechsel 119,20. Pariser do. 47,20. Amsterdamer do. 98,55. Napoleons 9,49. Dufaten 5,61. Silber 100,00. Marknoten 58,72½. Russische Banknoten 1,25½. Zemburg-Gernowits 170,00. Kronpr.-Rudolf 159,20. Franz-Josef 168,50.

Wien, 4. Mai. Abendbörse. Kreditaktien 279,30, Franzosen 278,50, Galizier 266,25, Anglo-Austr. 145,50, Lombarden 83,40, Papierrente 73,10, österr. Goldrente 89,20, ungar. Goldrente 106,27½, Marknoten 58,65, Napoleons 9,48½, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —, Nordbahn —, Geschäftlos.

Wochenausweise der österr. Südbahn vom 22. bis zum 28. April 691,867 Fl., Mehreinnahme 27,110 Fl.

Brüssel, 4. Mai. Dester. Papierrente 62,87½.

Florenz, 4. Mai. 5 pSt. Italienische Rente 92,49, Gold 21,92.

Paris, 4. Mai. (Schluß-Course.) Fest. 3proz. amortis. Rente 86,52½, 3proz. Rente 85,15, Anleihe

de 1872 118,67½, Ital. 5proz. Rente 84,70, Dester. Goldrente 75½, Ung. Goldrente 91½, Ruffen de 1877 93½, Franzosen 595,00, Lombardische Eisenbahn-Aktien 178,75, Lombard. Prioritäten 270,00, Türlen de 1865 10,60, 5proz. rumänische Anleihe 75,50.

Credit mobilier 698,00, Spanien ext. 17½, do. inter. 16½, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 540, Societe generale 560, Credit foncier 1208, Egypter 317, Banque de Paris 988, Banque d'escompte 805, Banque hypothecaire 621, III. Orientanleihe 61½, Türlenloose 36,25, Londoner Wechsel 25,27½.

London, 4. Mai. Consols 99½, Italien. 5proz. Rente 83½, Lombarden 7½, 3proz. Lombarden: alte 10½, 3proz. do. neue 10½, 5proz. Ruffen de 1871 87½, 5proz. Ruffen de 1872 86½, 5proz. Ruffen de 1873 88½, 5proz. Türlen de 1865 10½, 5proz. fundirte Amerikaner 105, Dester. Silberrente 62½, do. Papierrente —, Ungar. Goldrente 90½, Dester. Goldrente 74½, Spanien 17½, Egypter —.

Preuß. 4proz. Consols 99½, 4proz. bair. Anleihe 98. Wechselnotierungen: Deutsche Pläze 20,65. Wien 12,10. Paris 25,34. Petersburg 24½. Markdiskont 2½ pSt.

Newyork, 4. Mai. (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 84½ C. Wechsel auf Paris 5,193. 5pSt. fund. Anleihe 102½, 4pSt. fundirte Anleihe von 1877 107½, Erie-Bahn 41½, Central-Pacifc 1,2½, Newyork. Centralbahn 128½.

Produkten-Course.

Köln, 4. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00, fremder loco 24,50, pr. Mai 23,25, pr. Juli 21,75, pr. November 20,00. Roggen loco 19,75, pr. Mai 17,45, pr. Juli 16,40, pr. November 15,35. Hafer loco 15,50. Rübsöl loco 27,20, pr. Mai 21,10, pr. Oktober 28,60.

Bremen, 4. Mai. Petroleum rubig. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,05 Br., pr. Juni 7,15 Br., pr. Juli 7,30 Br., pr. August-Dezember 7,70 Br.

Hamburg, 4. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen loco rubig, auf Termine matt. Roggen loco still, auf Termine matt. Weizen pr. Mai 203 Br., 202 Gd., pr. September-Oktober 196 Br., 195 Gd. Roggen pr. Mai 159 Br., 158 Gd., pr. September-Oktober 146 Br., 145 Gd. Hafer fest. Gerste flau. Rübsöl flau, loco 52½, pr. Okt. 56. Spiritus rubig, pr. Mai 51½ Br., pr. Juni-Juli 51½ Br., pr. Juli-August 51½ Br., pr. August-September 51½ Br. Raffee rubig, Umjay 1500 Sack. Petroleum still, Standard white loco 7,00 Br., 6,90 Gd., pr. Mai 6,90 Gd., pr. August-Dezember 7,80 Gd. — Wetter: Bedeckt.

Best, 4. Mai. (Produktenmarkt.) Weizen loco flau, Termine flau, pr. Herbst 9,95 Gd., 10,00 Br. Hafer pr. Herbst 6,25 Gd., nominell, Mais pr. Mai-Juni 7,45 Gd., 7,50 Br. Rohraps pr. August-September 13½. Wetter: Regen.

Amsterdam, 4. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Roggen pr. Mai 198, pr. Oktober 178.

Antwerpen, 4. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet, Roggen gefragt, Hafer still, Gerste unverändert.

Antwerpen, 4. Mai. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 17½ bez., 17½ Br., pr. Juni 17½ Br., pr. September 19½ Br., pr. September-Dezember 19½ Br. Rubig.

Paris, 4. Mai. (Produktenmarkt.) (Schlußbericht.) Weizen rubig, pr. Mai 30,10, pr. Juni 29,30, pr. Juli-August 27,90, pr. Sept.-Dezember 26,50. — Mehl rubig, pr. Mai 65,50, pr. Juni 64,50, pr. Juli-August 60,75, pr. September-Dezember 56,75. Rübsöl rubig, pr. Mai 76,75, pr. Juni 77,50, pr. Juli-August 78,00, pr. September-Dezember 80,00. Spiritus weichend, pr. Mai 69,50, pr. Juni 67,00, pr. Juli-August 64,75, pr. September-Dezember 61,50.

London, 3. Mai. Savannasuder Nr. 12,24. Rubig.

London, 3. Mai. An der Küste angeboten 6 Weizenladungen. Wetter: Kühl.

Marktpreise in Breslau am 4. Mai 1880.

Feitzehungen der städtischen Markt-Deputation.	gute	mittlere	geringe	Waare
	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	22 10	21 70	21 —	20 —
Weizen, gelber	21 50	21 30	20 80	20 —
Roggen, pro	17 40	17 20	17 —	16 60
Gerste, 100	17 10	16 60	15 90	14 90
Hafer, 100	15 60	15 40	15 20	14 80
Erbsen, 100	19 20	18 70	17 70	16 50

Pro 100 Kilogramm

	fein	mittel	ordinäre
Raps	23 25	22 25	21 50
Rüben, Winterfrucht	22 25	21 25	20 50
Rüben, Sommerfrucht	22 25	20 25	18 50
Dotter	22 —	20 —	17 —
Schlagleinfaat	27 —	25 50	23 —
Hansfaat	17 —	16 —	15 —

Kleefamen, geschäftslos, rother nominell, per 50 Rlg. 32—37 bis 41—46 M. weißer nominell, per 50 Rgr. 42—51—60—70 M. hochfeiner über Notiz bez.

Rapskuchen, behauptet, per 50 Kilogr. 6,50—6,70 M. fremdr, 6,10—6,30 M.

Leinfuchen, preisaltend, per 50 Rilo 9,80—10,00 M.

Lupinen, feine Qualitäten mehr beachtet, per 100 Rlg. gelbe 7,20—7,80—8,20 M. blaue 7,20—7,80—8,20 M.

Thymothee, nominell, per 50 Kilgr. 18—21—23 Mrl.

Bohnen, ohne Zufuhr, per 100 Rgr. 21,50—23,00—23,75 Mrl.

Maiz, ohne Menderung, per 100 Rgr. 14,40—14,80—15,00 M.

Wicken, vernachlässigt, per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,20 M.

Kartoffeln: per Sack (2 Neuschaffel a 75 Rlg. Brutto = 150 Pfd.) beste 4,50—6,00 M., geringere 3,00—3,50 M., per Neuschaffel (75 Pfd. Brutto) beste 2,25—3,00 M., geringere 1,50 bis 1,75 M. per 2 Str. 0,14—0,18 Mrl.

Ger: per 50 Kilogr. 2,50 bis 3,00 M.

Stroh: per Schock 600 Kilogramm 19,00—21,00 M.

Mehl: ohne Menderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 29,50—30,50 M. — Roggen fein 26,25 bis 27 M. — Hausbuden 25,— bis 26 M. — Roggen-Futtermehl 11,75—12,50 M., Weizenfeie 10,20 bis 10,70 Mrl.

Breslau, 4. Mai. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen: (per 2000 Pfd.) höher, Gefündigt 5000 Zentner Abgelauene Kündig. — per Mai und per Juni-Juli 166,50 Gd. per Juni-Juli 168 bez. u. Br. per Juli-August 159,— bez. u. Br. per August-September —, per September-Oktober 153,— Gd.

Weizen: Gefündigt —, Str. per Mai 215,— Gd. per Mai-Juni 215,— Br. per Juni-Juli 218 Br.

Petroleum: per 100 Kilgr. loco 27 Br. per Mai — per Mai-Juni —.

Hafer: Gef. 500 Str. per Mai 148—149 bez. per Mai-Juni 148—149 bez. per Juni-Juli 150 Gd. per August-September —, per September-Oktober —.

Raps: per Mai 243 Br. 240 Gd.

Rübsöl: unveränd., Gef. — Zentner, loco 54,50 Br. per Mai und per Mai-Juni 52,50 Br. per Juni-Juli 53,25 Br. per September-Oktober 54,50 Br. per Oktober-November 55,— Br. per November-Dezember 55,75 Br.

Spiritus: schließt höher, Gefündigt 35,000 Liter, loco —, per Mai u. per Mai-Juni 60,60—61,00 bez. per Juni-Juli 61,30 Gd. 61,50 Br. per Juli-August 62,20 Gd. und Br. per August-September 61,70—62 bez. per September-Oktober 56,50 Gd.

Zink: ohne Umsatz.

Die Börsenkommission.

Liverpool, 4. Mai. Baumwolle (Schlussbericht). Umsatz 6000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Ueberändert. Middl. amerikanische Juni-Juli-Lieferung 6 1/2, Juli-August-Lieferung 6 1/2, September-Oktober-Lieferung 6 1/2 d.

London, 4. Mai. Bei der gestrigen Wollauktion waren Kapwollen billiger.

Amsterdam, 4. Mai. Bancazzin 49.

Newyork, 4. Mai. Baarenbericht. Baumwolle in Newyork 11 1/2, do. in New-Orleans 11 1/2. Petroleum in Newyork 7 1/2, do. in Philadelphia 7 1/2, do. rohes Petroleum 6 1/2, do. Pipe line Certificate — D. 73 C. Mehl 4 D. 85 C. Rother Winterweizen 1 D 28 C. Mais (old mixed) 52 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7 1/2. Kaffee (Rio-) 14 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 7 1/2, do. Fairbanks 7 1/2, do. Rohe & Brothers 7 1/2. Speck (short clear) 7 1/2 C. Getreidefracht 4 1/2.

Newyork, 3. Mai. Weizen-Verkäufe der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach England 120,000, do. nach dem Kontinent 90,000, do. von Kalifornien und Oregon nach England 5000 Orts. Visible Supply an Weizen 21,400,000 Bushel, do. do. an Mais 12,800,000 Bushel.

Produkten-Börse.

Berlin, 4. Mai. Wind: N.D. Wetter: Regnerisch. Weizen per 1000 Kilo loco 200—230 M. nach Qualität gefordert, feiner gelber Markt. — M. ab Bahn bez., per Mai 219—220 bezahlt, per Juni 217—218 bez., per Juli 210—211 bez., Juli-August 201—202 bez., per September-Oktober 197—196 bez., Oktober-November — bez., per November-Dezember — bez. Gefündigt 30000 Zentner. Regulirungspreis 219 1/2 Mark. — Roggen per 1000 Kilo loco 172—180 M. nach Qualität gefordert. Russ. — a. B. bez., inländ. — M. ab Bahn bez., Hochfein — M. ab B. bez., feiner —

M. ab Bahn bez., per Mai 173 1/2—174 1/2 bez., per Mai-Juni 167 1/2 bis 168 1/2 bez., per Juni-Juli 162 1/2—162 1/2 bez., per Juli-August 155—154 1/2 bez., per August-September — bez., per September-Oktober 152 1/2—153 bez., — Gefündigt 1000 Zentner. Regulirungspreis 174 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loco 160—203 nach Qualität gef. — Hafer per 1000 Kilo loco 146—167 nach Qualität gefordert. Ruffischer 150—158 bez., Pommerischer 159—161 bez., Ost- und Westpreussischer — bez., Schleischer 159—161 bez., Böhmischer 159—161 bez., Galizischer — bez., per Mai 146 1/2, per Mai-Juni 146 M., per Juni-Juli 145 1/2—146 M., per Juli-August 143 1/2 B., per August-September — bez., per September-Oktober 140 1/2 bez. Gefündigt 8000 Ztr. Regulirungspreis 145 1/2 bez. — Erbsen per 1000 Kilo loco 170—205 M., Futterwaare 160—168 M. — Mais per 1000 Kilo loco 134—137 bez., nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bez., Amerikanischer 136 ab Bahn bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 31,50—29,00 M., 0: 29,00—28,00 M., 0/1: 28,00—26,00 M. — Roggenmehl incl. Sack, 0: 25,00—24,00 M., 0/1: 23,75—22,75 M., per Mai 23,80 bez., per Mai-Juni 23,50—23,60 bez., per Juni-Juli 23,30—23,35 bez., per Juli-August 22,80 bez. Gefündigt — Zentner. Regulirungspreis — bezalt. — Weizen per 1000 Kilo Winterweizen 235—244 Mark. S.D. — bezalt., N.D. — bezalt., Winterweizen 230—240 M. S.D. — bez., N.D. — bez., — Kib 51 per 100 Kilo ohne Sack 52,8 M., Kib 51 — M., mit Sack 53,1 M., per Mai 53,1—53,1 bez., per Mai-Juni 53,0—53,1 bis 53,0 bez., per Juni-Juli 53,3 bezalt., per Juli-August — bez., per August-Sept. — bezalt., September-Oktober 55,9 M., November-Dezember 56,1 M. Gefündigt 2000 Ztr. Regulirungspreis — bez. — Weizen per 100 Kilo loco 64 M. — Petroleum per 100 Kilo loco 23,5 M., per Mai-April 23,2 bez., per Mai-Juni — bez., per Juni-Juli — M., per September-Oktober 24,2 M. Gefündigt — Zentner.

Umsätze in diesen Papieren ziemlich lebhaft; zunächst schlossen sich an Regamkeit diesen Geschäftes Diskonto-Kommandit-Antheile an und rumänische Eisenbahnwerthe, sonst herrschte im allgemeinen Aufregung. Dortaunder Union und Laurahütte setzen etwas besser ein, ermatteten aber rasch, weil man sich erinnerte, dass die Lage der Eisen-Industrie-Aktien geeigneten Boden für die Hausse der Bergwerkspapiere abgab. Wenig fest erschienen auch die spekulativen Eisenbahn-papiere, namentlich deren Kurse keine namhafte Veränderung aufwiesen. Diesen Gebieten fehlte vorzugsweise Lebhaftigkeit. Darmstädter und Deutsche Bank lagen fest; russische Anleihen behaupteten sich ziemlich gut; Loos-Papiere waren heute nur mäßig beachtet. Gegen baar gehandelte

Regulirungspreis — bezalt. — Spiritus per 100 Liter loco ohne Sack 61,5 bez., per Mai 60,7—61,6 bezalt., per Mai-Juni 60,7—61,6 bezalt., per Juni-Juli 61,5—62,4 bezalt., per Juli-August 62,5—63,2 bezalt., per August-September 62,5—63,1 bez., per September-Oktober 57,6—58,1 bezalt. Gefündigt 610,000 Liter Regulirungspreis 61,3 bezalt. (B. B. 3.)

Stettin, 4. Mai. (An der Börse.) Wetter: Bewölkt. + 13 Grad R. — Barometer 28. Wind: S.D.

Weizen matter, per 1000 Kilo loco gelber 206—211 M., weißer 207—213 M., per Mai-Juni 211—209 M. bez., per Juni-Juli 207 M. bez., per Juli-August — M. bez., per September-Oktober 196 M. Br. — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loco inländischer und russischer 168—172 M., per Mai 169 M. nom., per Mai-Juni 165,5—164 M. bez., per Juni-Juli 160—159 M. bez. u. Br., per September-Oktober 150—149 M. bez. — Gerste gefächelt, per 1000 Kilo loco feine Brau- 165—169 M., Oederbruch 160—163 M. — Hafer mäßig, per 1000 Kilo loco inländischer 142—145 M., feiner pommerischer 146—150 M. — Winterweizen schließt ruhig, per 1000 Kilo loco Mai-Juni 243 M. nom., per September-Oktober 255—254 M. bez. — Weizen etwas matter, per 100 Kilo loco ohne Sack bei Klemmfeiten 54 M. Br., per Mai 52,5 M. bez., per Septbr.-Oktober 55,75—55,5 M. bez. — Spiritus schließt ruhiger, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Sack 62—61,8 M. bez., per Mai-Juni 62—61,8 M. bez., per Juni-Juli 62,7—62,6 M. bez. Br. u. Sd., per Juli-August 63,4—63,2 M. bez., per August-September 63,2 M. Br. u. Sd., per September-Oktober 58 M. bez. — Angemeldet: 4000 Ztr. Weizen, 30,000 Liter Spiritus. — Regulirungspreise: Weizen 210 M., Roggen 169 M., Weizen 52,5 M., Spiritus 62,9 M. — Petroleum loco 7,35 M. transp. bez., alte Usanz 7,5 M. bez., Regulirungspreis 7,35 M. (Office-Bzg.)

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 4. Mai 1880.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4 1/2	106,00 B
do. neue 1876	4 1/2	99,75 B
Staats-Anleihe	4 1/2	99,75 B
Staats-Schuld.	3 1/2	96,25 B
Ob.-Schuld.	4 1/2	102,50 B
Berl. Stadt-Obl.	4 1/2	104,00 B
do. do.	3 1/2	94,00 B
Schuld. d. B. Rfm.	4 1/2	102,00 B
Pfandbriefe:		
Berliner	4 1/2	104,25 B
do.	5	107,80 B
Randb. Central	4 1/2	99,90 B
Rur- u. Neumärk.	3 1/2	99,00 B
do. neue	3 1/2	90,90 B
do. do.	4 1/2	99,90 B
do. neue	4 1/2	102,75 B
N. Brandbg. Cred.	4 1/2	90,90 B
Dispreussische	3 1/2	99,40 B
do.	4 1/2	101,00 B
Pommersche	3 1/2	91,00 B
do.	4 1/2	99,50 B
do.	4 1/2	102,10 B
Posenische, neue	4 1/2	99,50 B
Sächsische	4 1/2	
Schlesische altl.	3 1/2	
do. alte A. u. C.	4 1/2	
do. neue A. u. C.	4 1/2	
Westpr. ritterlich.	3 1/2	99,70 B
do.	4 1/2	100,50 B
do. II. Serie	5	
do. neue	4 1/2	102,70 B
Rentenbriefe:		
Rur- u. Neumärk.	4 1/2	100,25 B
Pommersche	4 1/2	100,20 B
Posenische	4 1/2	99,80 B
Preussische	4 1/2	100,00 B
Rhein- u. Westf.	4 1/2	100,20 B
Sächsische	4 1/2	100,25 B
Schlesische	4 1/2	

Deutsche Fonds.

P.-A. v. 55 a 100 Th.	3 1/2	143,00 B
Deff. Brich. a 40 Th.	3 1/2	284,50 B
Bad. Pr. A. v. 67.	3 1/2	133,50 B
do. 35 fl. Obligat.	3 1/2	173,70 B
Bair. Präm.-Anl.	4	134,60 B
Braunschw. 20thl.-L.	3 1/2	97,50 B
Brem. Anl. v. 1874	4	98,30 B
Österr.-Ung. Pr. Anl.	3 1/2	133,10 B
Deff. St. Pr. Anl.	3 1/2	126,40 B
Gotth. Pr. Anl.	5	119,90 B
do. II. Abth.	5	119,90 B
Gb. Pr. A. v. 1866	3 1/2	188,50 B
Lübecker Pr. Anl.	3 1/2	186,00 B
Mecklenb. Eisenb.	3 1/2	91,50 B
Meiningen Loose	4	26,50 B
do. Pr. Anl.	4	124,00 B
Odenburger Loose	3	
D.-G.-B.-P. 110	5	107,10 B
do. do.	5	107,10 B
Dtsch. Hypoth. unt.	5	103,10 B
do. do.	4 1/2	100,80 B
Mein. Hyp. Pf.	4 1/2	100,75 B
Mein. Ord.-P. A.	5	100,75 B
do. Hyp. Pfdr.	5	100,70 B

Ausländische Fonds.

Amerik. rdt. 1881	6	100,60 B
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	101,00 B
Norweg. Anleihe	4 1/2	
Newyork. Stb.-Anl.	6	117,20 B
Oesterr. Goldrente	4	75,90 B
do. Pap.-Rente	4 1/2	62,25 B
do. Silber-Rente	4 1/2	62,75 B
do. 250 fl. 1854	4	114,10 B
do. Ex. 100 fl. 1858	4	332,50 B
do. Lott.-A. v. 1860	5	124,75 B
do. do. v. 1864	5	311,70 B
Ungar. Goldrente	6	90,50 B
do. St.-Gisf.-Aft.	5	88,75 B
do. Loose	5	212,00 B
do. Schatzsch. I.	6	
do. do. kleine	6	
do. do. II.	6	
Italienische Rente	5	
do. Tab.-Oblig.	6	
Rumänier	8	50,30 B
Russ. Centr.-Bod.	5	77,10 B
do. Engl. A. 1822	5	85,60 B
do. do. A. v. 1862	5	87,60 B
Russ.-Engl. Anl.	3	
Russ. fund. A. 1870	5	88,40 B
Russ. conf. A. 1871	5	88,50 B
do. do. 1872	5	88,50 B
do. do. 1873	5	89,00 B
do. do. 1877	5	90,60 B
do. Boden-Credit	5	79,80 B
do. Pr.-A. v. 1864	5	152,00 B
do. do. v. 1866	5	148,60 B
do. 5. A. Stiegl.	5	84,60 B
do. 6. do. do.	5	
do. Pol. Sch.-Obl.	4	
do. do. kleine	4	
Poln. Pfdr. III. C.	5	65,70 B
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	56,90 B
Türk. Anl. v. 1865	5	10,60 B
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollges.	3	29,00 B

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 Z.	169,35 B
do. 100 fl. 2 M.	168,50 B
London 1 Pstr. 8 Z.	20,46 B
do. do. 3 M.	20,305 B
Paris 100 Fr. 8 Z.	81,00 B
do. do. 3 M.	
Wien 100 Sch. 8 Z.	170,25 B
Wien 100 Sch. 2 M.	169,60 B
Petersb. 100 R. 3 M.	213,25 B
do. 100 R. 3 M.	212,15 B
Warschau 100 R. 8 Z.	213,50 B

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für

Wechsel 4. für Lombard 5 pSt., Bank-	
diskonto in Amsterdam 3, Bremen —	
Brüssel 3 1/2, Frankfurt a. M. 4, Ham-	
burg —, Leipzig —, London 3, Paris	
2 1/2, Petersburg 6, Wien 4 pSt.	

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	106,00 B
Bf. Rheinl. u. Westf.	4	43,50 B
Bf. f. Spirit. u. Br.	4	45,60 B
Berl. Handels-Ges.	4	104,50 B
do. Kassen-Berein.	4	168,50 B
Breslauer Dis.-Bf.	4	92,40 B
Centralb. f. S. u. B.	4	14,60 B
Centralb. f. S. u. B.	4	
Coburger Credit-B.	4	87,30 B
Coln. Wechselbank	4	96,25 B
Danziger Privatb.	4	113,50 B
Darmstädter Bank	4	144,80 B
do. Zettelbank	4	106,10 B
Deffauer Creditb.	4	84,75 B
do. Landesbank	4	119,25 B
Deutsche Bank	4	138,75 B
do. Genossensch.	4	110,75 B
do. Hyp.-Bank	4	92,00 B
do. Reichsbank	4	151,20 B
Disconto-Comm.	4	171,50 B
Geraer Bank	4	85,00 B
do. Handelsb.	4	58,25 B
Gotthard Privatb.	4	102,00 B
do. Grundcred.	4	88,40 B
Hypothek. (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	97,25 B
Leipziger Creditb.	4	145,90 B
do. Discontob.	4	91,50 B
Magdeb. Privatb.	4	
Medlb. Bodencred. fr.	4	64,00 B
do. Hypoth.-B.	4	76,00 B
Meining. Creditb.	4	95,40 B
do. Hypothekensb.	4	92,00 B
Niederlausitzer Bank	4	97,80 B
Norddeutsche Bank	4	157,50 B
Nordb. Grundcredit	4	55,50 B
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bf.	4	95,50 B
Posen-Landwirthsch.	4	67,50 B
Posener Prov.-Bank	4	111,75 B
Posener Spritaktion	4	47,25 B
Preuss. Bank-Anth.	4 1/2	
do. Bodencredit	4	95,90 B
do. Centralb.	4	129,00 B
do. Hyp.-Spielb.	4	100,30 B
Produkt.-Handelsb.	4	77,00 B
Sächsische Bank	4	118,50 B
Schaffhaus. Bankv.	4	91,00 B
Schle. Bankverein	4	105,75 B
Südd. Bodencredit	4	130,25 B

Industrie-Aktien.

Brauerei Pilsenerhof	4	134,00 B
Damenb. Rattum	4	
Deutsche Bauges.	4	62,75 B
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	4,75 B
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarthütte	4	58,00 B
Dortmunder Union	4	11,75 B
Egells Masch.-Akt.	4	32,50 B
Erdmannsd. Spinn.	4	
Florenz-Charlottenb.	4	
Grift u. Rossm. Ndh.	4	57,20 B
Gelsenf. Bergw.	4	123,00 B
Georg-Marienhütte	4	99,75 B
Gibernia u. Chamv.	4	87,60 B
Immobilien (Berl.)	4	81,00 B
Kramitz, Keinen-S.	4	97,00 B
Lauchhammer	4	41,50 B
Laurahütte	4	116,30 B
Lüneb. Tiefb.-Brgw.	4	60,00 B
Magdeburg. Bergw.	4	126,50 B
Marienh. Bergw.	4	
Menden u. Schw. B.	4	92,75 B
Oberchl. Eis.-Bod.	4	58,75 B
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A.	4	77,50 B
Phönix B.-A. Lit. B.	4	46,00 B
Rheinb. Nass. Bergw.	4	181,00 B
Rheinb. Nass. Bergw.	4	90,25 B
Rheinb. Nass. Bergw.	4	
Stobmayer Lampen	4	24,60 B
Unter den Linden	4	7,75 B
Wobler Maschinen	4	50,25 B

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	31,50 B
Altona-Kiel	4	149,10 B
Bergisch-Märkische	4	106,20 B
Berlin-Anhalt	4	116,40 B
Berlin-Dresden	4	18,90 B
Berlin-Görlitz	4	26,00 B
Berlin-Hamburg	4	205,75 B
Brl.-Potsd.-Magd.	4	98,80 B
Berlin-Stettin	4 1/2	114,90 B
Bresl.-Schw.-Frbg.	4	108,25 B
Coln-Minden	6	146,70 B
do. Lit. B.		
Galle-Sorau-Guben	4	24,90 B
Hann.-Altenbeken	4	
do. II. Serie		
Märkisch-Posen	4	30,10 B
Magd.-Halberstadt	4	146,30 B
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.		
Münster-Hamm	4	99,50 B
Niederchl.-Märk.	4	99,60 B
Nordhausen-Erfurt	4	26,00 B
Oberchl. Lit. A. u. C.	3 1/2	187,00 B
do. Lit. B.	3 1/2	155,00 B
do. Lit. C.	5	
Dispreuss. Südbahn	4	56,75 B
Rechte Oberuferb.	4	141,50 B
Rheinische	4	158,40 B
do. Lit. B. v. St. gar.	4	99,20 B
Rhein-Nahabahn	4	16,00 B
Stargard-Posen	4 1/2	102,90 B
Thüringische	4	158,50 B
do. Lit. B. v. St. gar.	4	99,10 B
do. Lit. C. v. St. gar.	4 1/2	104,90 B
Weimar-Geraer	4 1/2	53,00 B
Albrechtsbahn	5	25,50 B
Amsterd.-Rotterd.	4	120,60 B
Aussig-Leplitz	4	199,00 B
Böhm. Westbahn	5	93,30 B
Brest-Grajewo	5	
Brest-Rien	4	
Dur.-Bodenbach	4	67,40 B
Elisabeth-Westbahn	5	80,75 B
Raf. Franz Joseph	5	71,60 B
Gal. (Kar. Ludwig.)	5	113,80 B
Gotthard-Bahn	6	56,00 B
Rastbach-Oderberg	5	54,00 B
Ludwigsb.-Verbach	4	199,70 B
Lüttich-Limburg	4	16,30 B
Mann-Ludwigsh.	4	99,20 B
Oberchl. v. St. gar.		
Dest. frz. Staatsb.	5	471,90 B
do. Nordb.-B.	5	275,00 B
do. Lit. B.	5	274,00 B
Reichenb.-Pardubitz	4 1/2	55,25 B
Kronpr. Rud.-Bahn	5	68,25 B
Riasl-Byas	5	
Rumänier	4	53,00 B
Russ. Staatsbahn	5	145,50 B
Schweizer Unionb.	4	23,70 B
Schweizer Westbahn	4	22,10 B
Südb. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	79,10 B
Vorarlberger	5	
Warschau-Wien	4	251,00 B

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Altenburg-Zeit	5	
Berlin-Dresden	5	49,75 B
Berlin-Görlitzer	5	83,80 B
Breslau-Warschau	4	